

Inhalt

Vorwort von Claus Offe

Lang leben die »Strukturprobleme« !

Einleitung zur Neuauflage von Jens Borchert und Stephan Lessenich

Strukturprobleme des kapitalistischen Staates

1. Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme (1969)

2. Spätkapitalismus - Versuch einer Begriffsbestimmung (1971)

3. Tauschverhältnis und politische Steuerung. Zur Aktualität des Legitimationsproblems (1972)

4. Klassenherrschaft und politisches System. Die Selektivität politischer Institutionen (1972)

5. Reformpolitik und das Interesse des Staates an sich selbst (1975)

6. Staatstheorie und Sozialpolitik. Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik (1977)

Erneute Lektüre: Die »Strukturprobleme« nach 33 Jahren

Nachwort von Claus Offe

Literatur

Nachweise

Vorwort von Claus Offe

Die in diesem Band zusammengestellten Aufsätze können auf den heutigen Leser schlechterdings nicht anders als befremdlich wirken. Zu sehr weichen die Ziele der Argumentation und ihr Duktus von dem ab, was uns heutzutage aus vergleichbaren Anfänger-Arbeiten akademischer Sozialwissenschaftler vertraut ist oder auch nur vorstellbar wäre. Da die Herausgeber dieses Bandes entschlossen waren, dessen potentiellen Lesern die unvermeidlichen Irritationen zu zumuten, fiel mir die Aufgabe zu, diese Irritationen mit einigen voran geschickten Bemerkungen zum Entstehungskontext meiner zwischen 1968 und 1972 verfaßten Schriften zu mildern.

Das möchte ich in zwei Schritten versuchen. Zum einen geht es um die stichwortartige Vergegenwärtigung der damaligen zeit- und lebensgeschichtlichen Erfahrungswelt der um 1940 geborenen Kohorte von angehenden sozialwissenschaftlichen Intellektuellen. Zum anderen möchte ich einige Orientierungsmarken aus dem ideenpolitischen Kontext der späten 1960er und frühen 1970er Jahre bezeichnen.

Das Jahrzehnt nach 1965 kann wohl als das konfliktintensivste in der Geschichte der alten Bundesrepublik betrachtet werden, womit die weichenstellenden Auseinandersetzungen der 1950er Jahre (Wiederbewaffnung, KPD-Verbot, Friedensbewegung, Godesberger Programm-Parteitag der SPD 1959) in ihrer Bedeutung nicht geschmälert werden sollen. Die erste Hälfte der 1960er Jahre war von außenpolitischen Ereignissen und Konflikten dominiert, so dem Bau der Berliner Mauer (1961) und der Verschärfung des Kalten Krieges, der Kuba-Krise mit der simultanen Spiegelaffäre (1962), dem Kennedy-Mord (1963) und dem Beginn des amerikanischen Krieges in Vietnam (1964). Seit 1965 dominierten eher innenpolitische Konfliktthemen, wobei die wichtigsten wohl der provozierende Plan des Bundeskanzlers Erhard, eine »formierte Gesellschaft« einzurichten, also eine halbautoritäre Stabilitäts- und Volksgemeinschaft (1965), und das Erscheinen von zwei äußerst erfolgreichen bildungspolitischen Streitschriften von Ralf Dahrendorf (1965) bzw. Georg Picht (1964) waren.

Eine in den Medien und an den Universitäten verbreitete Situationsdeutung besagte, daß die Bundesrepublik jetzt am »Ende der Nachkriegszeit«, also einer Periode von stetem Aufschwung und bruchlos wachsender Prosperität angekommen sei und sich nun in Vorbereitung auf eine ungewisse Zukunft neuen Aufgaben (wie eben der Mitte der 1960er Jahre einsetzenden expansiven, v.a. den tertiären Bereich betreffenden Bildungspolitik) zuzuwenden habe. Die Frankfurter Auschwitz-Prozesse hatten bereits zuvor (1963-1965) das lange anhaltende »kommunikative Schweigen« (Lübbe) der westdeutschen Öffentlichkeit über die Nazi-Verbrechen brechen helfen. 1966 war der »CDU-Staat« (so der Titel eines verbreiteten kritischen Sammelbandes über die Adenauer-Jahre) am Ende, und es wurde in Bonn im Kontext der wachsenden (dann im Februar auf das Maximum von 2,3 [%] Prozent angestiegenen) Arbeitslosigkeit eine Große Koalition gebildet, das Kabinett Kiesinger/Brandt. Die dreijährige Amtszeit dieser Regierung brachte eine Reihe von wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Gesetzgebungen, aber auch die heftig umstrittene Notstandsverfassung.

Gleichzeitig entwickelte sich, u.a. weil es im Bundestag nur eine kleine freidemokratische Opposition gab, eine bis 1969 kontinuierlich anwachsende außerparlamentarische Oppositions- und Protestbewegung (ApO), die zum ersten Mal mit parallelen Bewegungen in den USA, in Italien und in Frankreich (Mai 1968), z.T. sogar mit dem Prager Frühling (1968) vernetzt und synchronisiert war, der dann im August des Jahres von der Sowjetunion und ihren Hilfstruppen niedergewalzt wurde. Es war die Zeit, als der Dichter Enzensberger eine große Versammlung Frankfurter Bürger aufforderte, nunmehr auch in Deutschland »italienische Zustände« zu schaffen. Zwei Zeitdiagnosen waren bis weit

in die Leserschaft der drei Hamburger Wochenjournale hinein unstrittig: zum einen die wenig gesicherte Natur der politisch-kulturellen und rechtsstaatlichen Grundlagen der Republik, zum anderen die Gewißheit, dass diese vor einem einschneidenden Projekt des sozialen und politischen Wandels stand - eine Gewißheit, die durch militante Streiks der italienischen und der deutschen Arbeiterbewegung bestärkt wurde und die Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vom Oktober 1969 mit der Formel »mehr Demokratie wagen« zugleich aufnahm und abschwächte. Die bald einsetzende Antiklimax (neue Ostpolitik einerseits, »Radikalerlaß« und Berufsverbot andererseits) endete dann in der von der OPEC beschlossenen ersten Ölpreisexplosion im Herbst 1973 (wohl dem wahren »Ende der Nachkriegszeit«), einem über alle Stränge schlagenden ÖTV-Streik im März 1974, kurz darauf dann mit dem Rücktritt Willy Brandts vom Kanzleramt.

Der unter leichtfertig suggerierten Analogien zum Ende der Weimarer Republik verbreitete Eindruck von Aussichten auf einen epochalen (und dieses Mal eben progressiven) Wandel, der dem westdeutschen Staat bevorstehe, lässt sich im zeitgeschichtlichen Rückblick vermutlich nur schwer bestätigen. Immerhin wurde noch 1975 die Forderung nach »einer vorausschauenden und mit Maßnahmen der Investitionslenkung verbundenen Strukturpolitik« in die Beschlußlage der SPD aufgenommen. Jedenfalls war es die Erwartung eines bevorstehenden gesellschaftspolitischen Auf- und Umbruchs, die viele Angehörige meiner Generation umtrieb und die für eine Einordnung der vorliegenden Texte mitzubedenken ist.

Welche Orientierungshilfen standen - das ist die andere kurz zu berührende Frage - einer so geprägten und motivierten politischen Intelligenz außerhalb von Parteien und Verbänden zur Verfügung? Die Stoffe, mit denen die irgendwie »linken« Angehörigen dieser Kategorie ihren Lesehunger stillten, hätten gegensätzlicher nicht sein können. Mao war verbreitet, Lenin natürlich, und eine erblühende Kultur der marx-philologischen »Kapital«-Schulung lähmte an den Universitäten für einige Zeit das Denken der besten Köpfe. Was die Politikwissenschaft im engeren Sinn anging, so war das Fach in Deutschland unentwickelt und in den Fesseln eines demokratiepädagogischen Bildungs- und Integrationsauftrages befangen (worüber Blanke, Jürgens und Kastendiek einen immer noch lesenswerten zweibändigen Bericht erstattet haben). Ossip Flechtheim hatte eine kleine Werkauswahl von Rosa Luxemburg herausgegeben, die breit rezipiert wurde. Spezialisten beschäftigten sich auch mit Gramsci und Poulantzas, mit Miliband und den amerikanischen Marxisten Baran und Sweezy. Die Erzeugnisse der StamoKap-Studien aus der DDR, obwohl sie jenseits der Mauer massenhaft und billig zu haben waren, haben nur sehr begrenzten Anklang gefunden. Ernest Mandel und Herbert Marcuse spielten eine Rolle, auch Wolfgang Abendroth; aber auf der Ebene anspruchsvoller politischer Theorie und aktualisierter Ideengeschichte operierte in Deutschland auf der Linken eigentlich nur Jürgen Habermas. Als einzige entfalteten seine Arbeiten den Anregungswert, wie er uns aus der politischen Theorie und den Zeitdiagnosen der Weimarer Republik vertraut war.

Zum Stil der Rezeption und umgehenden aktualisierenden "Aneignung" und politisch-organisatorischen »Anwendung« gehörte das Gebot, das »Prinzip des kleinen Unterschiedes« rigoros zu befolgen. Dieses alte sozialistische Prinzip besagt, daß am heftigsten immer jene Auffassungen und Ansichten zu bekämpfen sind, die meinen eigenen am ähnlichsten sind. Jedenfalls erinnere ich mich nicht, irgendwo und irgendwann die Tonlage feindseliger Gereiztheit und kompetitiver Rechthaberei noch einmal erlebt zu haben, die in der ersten Hälfte der 1970er Jahre unter deutschen Studierenden und Jung-Akademikern gang und gäbe war. Im Mittelpunkt stand dabei die Beschuldigung, bei der Beurteilung gegenwärtiger politischer und ökonomischer Verhältnisse irgendwelchen »Illusionen« (wie z.B. der Reform- oder »Sozialstaatsillusion«) aufzusitzen und nicht hinreichend wachsam zu sein gegen die deformierenden Einflüsse »bürgerlichen« (oder auch sozialdemokratischen) Denkens.

In beiden Hinsichten - die Vielzahl der für »linke« politisch-theoretische Interessen relevanten Bücher, Zeitschriften und akademischen Vereinigungen einerseits, ein zivilisierter Stil der wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen andererseits - unterschieden sich damals die Verhältnisse in den USA (wenn auch nur in Berkeley, in Harvard und an wenigen anderen Orten) ungemein vorteilhaft von den soeben skizzierten deutschen. Die Tatsache, daß ich das Glück hatte, dort 1969 bis 1971 18 Monate lang arbeiten zu können, spiegelt sich ebenso in den vorliegenden Aufsätzen wie die zeitgeschichtlichen und ideenpolitischen Kontexte, unter denen sie entstanden sind.

Berlin, im Oktober 2005 Claus Offe